



DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

## Arbeitsgemeinschaft Bonn

### FRAGEN AN DIE WAHLKREISKANDIDATEN ZUR WAHL DES 20. DEUTSCHEN BUNDESTAGES – Jessica Rosenthal, SPD (WK 96, Bonn)

- 1.)** Was bedeutet für Sie das Bekenntnis der Bundesregierung vor der israelischen Knesset, die Sicherheit Israels sei deutsche Staatsraison?

Das Existenzrecht, der Schutz Israels und der Schutz jüdischen Lebens sind Teil des Selbstverständnisses, mehr noch, der Identität dieses Landes. Diese Haltung liegt meinem politischen Handeln zu Grunde. Aus der Vergangenheit heraus gilt es Verantwortung im Hier und Jetzt zu übernehmen. Eine lebendige Erinnerungskultur ist Mahnung und Auftrag zugleich, Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen auch heute entschieden entgegenzutreten. Diese Haltung gilt auch für die Sicherheitsinteressen Israels, dessen Schutz Maxime deutscher Außenpolitik ist.

- 2.)** Was werden Sie im Deutschen Bundestag unternehmen, damit die HAMAS, die in der EU als Terrororganisation eingestuft ist, in Deutschland verboten wird?

Terror, Gewalt und Extremismus haben keinen Platz in Deutschland. Ich werde mich dafür stark machen, dass Ableger, Tarnorganisationen und Vereine der HAMAS in Deutschland verboten werden.

- 3.)** Werden Sie sich im Deutschen Bundestag dafür einsetzen, dass die Muslimbruderschaft (MB) mit ihrem Verein „Deutsche Muslimische Gemeinschaft e.V.“ (DMG), die bis 2018 unter dem Namen „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD) firmierte, in Deutschland verboten wird?

Deutschland ist ein vielfältiges Land, jüdisches und muslimisches Leben sind ein fester Bestandteil davon. Diese Vielfalt und Offenheit braucht es von allen Seiten. Die Muslimbruderschaft und ihre deutschen Organisationen stehen im Verfassungsschutzbericht. Sie geben sich offen, demokratisch und dialogbereit, sind im Kern jedoch antisemitisch, da sie das Existenzrecht Israels negieren, und demokratiefeindlich, weil sie einen Gottesstaat errichten wollen. Das heißt, wir die Gesellschaft, aber auch die Sicherheitsbehörden müssen sehr genau hinschauen. Denn ihr Ziel ist die ideologische Beeinflussung und Unterwanderung der Gesellschaft. Diesen Einfluss müssen wir zurückdrängen, ggf. auch durch Repression und Verbote, die es zu prüfen gilt.

- 4.)** Werden Sie angesichts der jüngsten Erfahrungen mit dem iranischen Regime, das den Atomvertrag JCPOA bricht und seinen Vernichtungsantisemitismus wiederholt durch vielfältiges Terrorsponsoring umsetzt, darauf hinwirken, dass die bisher offenbar zu wohlwollende Politik Deutschlands gegenüber diesem Regime verschärft wird?

Wir müssen uns jeglichem Antisemitismus weiterhin entschieden entgegenstellen und die Sicherheit und das Existenzrecht Israels schützen und verteidigen. Dafür werde ich mich einsetzen.

- 5.)** Werden Sie sich im Deutschen Bundestag dafür einsetzen, dass das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) verboten wird?



DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

## Arbeitsgemeinschaft Bonn

Das IZH steht unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Es darf aus meiner Sicht keine Staatsverträge mit Einrichtungen geben, die derlei Hass gegen Israel säen. Ein Verbot gilt es zu prüfen.

- 6.)** Wie werden Sie im Deutschen Bundestag darauf hinwirken, dass gegenüber dem iranischen Regime angesichts der bis zu 60 % hohen Anreicherung von Uran bei den erneuerten JCPoA-Verhandlungen Konsequenzen gezogen werden?

Durch den Atomvertrag waren und sind Inspektionen möglich. Die Anreicherung von Uran ist im Vertrag geregelt. Verstöße müssen eine konsequente Haltung nach sich ziehen. Die Sicherheit Israels hängt davon ab.

- 7.)** Die Stadt Bonn pflegt seit vielen Jahren freundschaftliche Beziehungen zu der Stadt Tel Aviv-Jafo. Wie würden Sie sich - in Absprache mit der Stadt Bonn - einbringen, um diese Freundschaft zu befördern und zu vertiefen?

Städtepartnerschaften sind aus meiner Sicht ein wichtiger Baustein der internationalen Verständigung, so auch die Partnerschaft mit Tel Aviv, die ich gemeinsam mit unserer Fraktion vor Ort weiter fördern werde.

- 8.)** Welche Initiativen würden Sie ergreifen, damit die an die palästinensische Autonomiebehörde gezahlten Steuergelder nicht mehr dafür missbraucht werden, Kinder in Schulen mit terroristischen Rollenvorbildern (wie zum Beispiel der verherrlichenden Abbildung der Terroristin Dalal Mougrabi in einem Schulbuch) antisemitisch, menschenverachtend und Terror verherrlichend zu erziehen?

Wir müssen unseren Einfluss international und innerhalb der EU geltend machen, damit solche Inhalte, die zum Hass anstiften aus den Schulbüchern verschwinden. Wenn junge Generationen mit diesen Feindbildern aufwachsen, steht das dem Prozess einer friedlichen Zwei-Staaten-Lösung im Wege.

- 9.)** Welche Initiativen werden Sie in den Deutschen Bundestag einbringen, damit die Palästinensische Autonomiebehörde und die PLO nicht mehr Terroranschläge gegen Juden mit monatlichen Terror-/ Märtyrerrenten honorieren?

Es kann nicht sein, dass mit dem Geld, das als soziale Stütze gedacht ist, von der Autonomiebehörde Leute unterstützt werden, die terroristische Akte gegen Israel begangen haben. Da müssen wir genau hinschauen. Dafür braucht es auch politischen Druck der demokratischen Mehrheiten im Bundestag, um auf internationaler Ebene dies klar zu stellen.